



http://www.mdr.de/nachrichten/abwasser100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

CDU-Vorstoß: Standards beim Abwasser senken

Der CDU-Fraktionschef im Thüringer Landtag, Mike Mohring, hat sich für niedrigere Standards bei der Abwasserentsorgung ausgesprochen. In einem Gespräch mit der "Südthüringer Zeitung" sagte er, so könnten anstehende Investitionen in Milliardenhöhe verhindert und die Beitragszahler nicht weiter belastet werden.



Mike Mohring will die Standards beim Abwasser senken

Hintergrund sind Vorgaben der sogenannten "Wasserrahmenrichtlinie" der Europäischen Union. Danach muss Abwasser die Qualität "gut" haben. In Thüringen ist nach Angaben Mohrings allerdings die Stufe "ausgezeichnet" vorgegeben. Außerdem sei zu überlegen, ob wirklich alle Gebäude an das zentrale Abwassernetz angeschlossen werden müssten. Mohring schlug einen Anschlussgrad von 75 Prozent vor. So müsse ein Dorf mit 200 Einwohnern nicht durch eine kilometerlange Abwasserleitung an eine zentrale Kläranlage angeschlossen werden. Zukünftig seien sowohl zentrale als auch dezentrale Lösungen gefragt.

Kosten von zwei Milliarden Euro

Nach Angaben des CDU-Politikers müssten in den nächsten Jahren rund zwei Milliarden Euro im Abwasserbereich investiert werden. Vor allem im ländlichen Raum sei mit hohen Belastungen zu rechnen. Denn 30 Prozent dieser Gebiete seien noch nicht ans zentrale Abwassernetz angeschlossen. Außerdem fielen dort durch Zersiedelung und niedrigere Einwohnerzahlen besonders hohe Kosten an. Gleichzeitig sei nicht mehr mit hohen Förderquoten zu rechnen. Mohring warnte deshalb davor, dass durch zu hohe Beiträge Grundstückbesitzer gezwungen würden, ihr Eigentum aufzugeben. Auch ein Anschluss ans Abwassernetz steigere nicht unbedingt den Wert eines Grundstückes. Grund sei der gleichzeitige Wertverfall durch den demografischen Wandel.

Zustimmung bei den Linken

Der CDU-Koalitionspartner SPD sowie die Oppositionsfraktionen Linke und Grüne unterstützten zwar das Anliegen, warfen der CDU jedoch eine Kehrtwende in ihrer Abwasserpolitik vor. Linke-Kommunalexperte Frank Kuschel forderte die CDU und die Landesregierung auf, den Worten nun auch Taten folgen zu lassen. Die teure Abwasserbeseitigung sei allerdings nicht allein auf überdimensionierte Investitionen und eine

falsche Förderpolitik zurückzuführen. Vielmehr sei die Finanzierung über Abwasserbeiträge die "Hauptursache für die Kostenexplosion".

Streit um Kommunalabgaben seit den 90er-Jahren

Die Beiträge, die Städte und Gemeinden für Straßen sowie Wasser- und Abwasseranschlüsse erheben, sind seit den 1990er-Jahren in Thüringen umstritten. Immer wieder hatten örtliche Initiativen gegen die Beiträge protestiert. Schließlich hatten sie sich zu einer Bürgerallianz zusammengeschlossen. Im Landtagswahlkampf 2004 hatte der damalige Ministerpräsident, Dieter Althaus, Landeshilfen versprochen. Diese Hilfen hatte das Land bis zu 56 Millionen Euro im Jahr gekostet. Die aktuelle Landesregierung will sie deshalb wieder abschaffen.